



ANTRAG an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Wien am 29. Oktober 2019

Wien, 8.10.2019

Für eine Digitalisierungsstrategie, von der alle profitieren!

Ob es das familiengeführte Hotel ist, das Blumengeschäft oder der Friseurladen ums Eck, die Tischlerei oder ein mittelständischer Taxibetrieb – Unternehmen sind unabhängig von ihrer Größe und der Branche von der Digitalisierung betroffen. Allein das Kundenverhalten hat sich dadurch erheblich verändert. So werden in Österreich digitale Dienste wie Online-Shopping im internationalen Vergleich häufiger genutzt. Für viele Klein- und Mittelbetriebe ist es aber aus verschiedensten Gründen unmöglich mit den vorherrschenden Rahmenbedingungen mitzuhalten.

Es sind vielmehr einige wenige hoch digitalisierte Unternehmen, die ganze Sparten dominieren, die Gesetze umgehen und Einkommen drücken. Dadurch haben sie gegenüber unseren KollegInnen einen großen Vorteil im Wettbewerb. Internetkonzerne dominieren in ihrem Bereich den Markt und gestalten ihn nach ihren eigenen Regeln. Zum Beispiel integriert Amazon eigenständige Händlerinnen und Händler zu teils sehr unvorteilhaften Bedingungen in die eigene Handelsplattform. Digitale Plattformen wie booking.com geben Preise vor und setzen Klein- und Mittelbetriebe massiv unter Druck.

Enorme Wettbewerbsvorteile verschaffen sich Online-Konzerne auch dadurch, dass sie in einem Land Millionengewinne erwirtschaften, diese im jeweiligen Land aber nicht versteuern. Digitalisierung ist damit nicht nur eine Frage der Technik, sondern auch eine der Gestaltung und Verteilung. Es kommt dadurch zu Verschiebungen am Markt, die am Ende zu Oligopolen führen. Von einem fairen freien Markt kann unter solchen Rahmenbedingungen nicht gesprochen werden. Wettbewerb auf einem freien Markt sollte aber für uns alle ein Konsens sein. Der technologische Fortschritt geht zweifelsfrei mit vielen Vorteilen einher. Doch um die wirtschaftlichen und sozialen Potenziale der Digitalisierung auszuschöpfen, müssen rechtliche und politische Rahmenbedingungen festgelegt werden.

Ein fairer Wettbewerb sowie eine Digitalisierung, von der alle profitieren, werden sich nicht automatisch einstellen. Es braucht gezielte politische Schritte und Rahmenbedingungen, die sicherstellen, dass sich alle am Markt agierenden Unternehmen an die Spielregeln halten. So ist zum Beispiel für eine echte Besteuerung von Online-Konzernen die digitale Betriebsstätte eine wesentliche Grundvoraussetzung.



Mit der digitalen Betriebsstätte können die Gewinne von Internet-Konzernen erfasst werden, auch wenn diese keine physische Betriebsstätte in Österreich haben, aber eine Online-Präsenz aufweisen. Einen Großteil der Wertschöpfung erzielen Internetgiganten vor allem durch die Nutzung, Analyse, Verarbeitung oder Weitergabe personenbezogener Daten. Es ist ein lukratives Geschäft mit hohen Gewinnen, das in vielen Fällen nahezu steuerfrei ist. Das ist eine ungerechte Ausnahme, der mit einer DigiTax geantwortet werden muss.

Dazu hat auch die Wirtschaftskammer ihren Beitrag zu leisten und eine umfassende Digitalisierungsstrategie zu erstellen. Die Vor- und Nachteile des digitalen Wandels sollen dazu breit diskutiert werden. So ist beispielsweise die ständige Erreichbarkeit eine Herausforderung, die auch Kleinst- und KleinunternehmerInnen im besonderen Maße trifft.

Der SWV Wien fordert deshalb ein Forderungs- und Maßnahmenpaket, dass vor allem Ein-Personen-Unternehmen sowie Klein- und Mittelbetriebe unterstützt und das sicherstellt, dass auch sie von der Digitalisierung nachhaltig profitieren.

Der SWV Wien stellt daher folgenden Antrag und lädt alle Fraktionen des Wirtschaftsparlaments ein, ihn zu unterstützen:

Die Wirtschaftskammer Wien möge sich nachdrücklich für folgende Maßnahmen einsetzen:

- Eine umfassende Digitalisierungsstrategie für EPU und KMU.
- Durch den Einsatz von Technik in der Industrie und Dienstleistung werden schon jetzt hohe Gewinne gemacht. Die Digitalisierungsdividende muss allen zugutekommen.
- Europaweiter Mindeststeuersatz für Konzerne.
- Verpflichtung zur Offenlegung, in welchem Land ein Konzern wie viel Steuern zahlt.
- Die Einführung der digitalen Betriebsstätte, also Zurechnung der Gewinne auch ohne physische Präsenz.
- Einführung einer DigiTax für Online-Konzerne.
- Soziale Mindeststandards wie Kollektivverträge müssen eingehalten werden und sollen ein integraler Bestandteil der digitalen EU-Agenda sein.

Marcus Arige

Fraktionsvorsitzender des SWV Wien